

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**12.01.2023
HHA**Fraktion DIE LINKE**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Flächendeckende und unabhängige Flüchtlingsberatung in den Landkreisen und kreisfreien Städten, zuzüglich Sprachmittlungskosten**

Einzelplan **08** **Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 06 Bezeichnung Freiwillige Transferleistungen

Produktnummer 058 Bezeichnung Förderung von Maßnahmen zur Flüchtlingsbetreuung und -integration

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produkterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	7.845.700	2.366.000	10.211.700

Liquidität			
Einnahmen			
Ausgaben			

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
Produktserfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	8.021.700	2.366.000	10.387.700
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben				

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Die den Gebietskörperschaften zugewiesenen Asylsuchenden, Geflüchtete und Geduldete benötigen Orientierung, Begleitung und fachkundige Rechtsberatung insbesondere in asyl-, aufenthalts- und sozialrechtlichen Fragen, bei psychosozialen Problemen, bei der Familienzusammenführung, beim Zugang zum Arbeitsmarkt, bei der Inanspruchnahme von Unterstützungs- und Beratungsangeboten anderer Fachdienste, bei Fragen im Zusammenhang mit Petitions- und Härtefallkommissionsverfahren sowie bei der Abklärung von Perspektiven. Bisher werden diese Beratungsleistungen hauptsächlich von Wohlfahrtsorganisationen und den Flüchtlingsräten erbracht. Die derzeitige Beratungsstruktur soll mit finanziellen Mitteln des Landes ausgebaut werden und somit eine flächendeckende und ausnahmslose Unterstützung und Beratung aller Zugewanderten und Geflüchteten in jedem asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahrensstadium gewährleistet werden.

Wiesbaden, 12.01.23

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske